

onsarbeit weitgehend lahm. Der Konflikt konnte erst durch den Luxemburger Kompromiss überwunden werden, der allen EWG-Mitgliedern und so auch Frankreich ein Veto in vitalen Fragen einräumte. Frankreich und die Bundesrepublik reagierten auf die Krise, indem sie eine enge Kooperation zwischen ihren Agraradministrationen installierten. Strittige Agrarfragen konnten so im Vorfeld geklärt werden, ehe sie zu einem Gemeinschaftsproblem wurden. Beide Partner stärken dadurch ihren Einfluss auf die Gestaltung der gemeinsamen Agrarpolitik, verhinderten jedoch in der Folgezeit deren dringend notwendige Reform.

Auch auf monetärem Gebiet bedurfte es langer Anstrengungen, um gemeinsame Positionen zu finden. Die Währungsunion war lange vor der deutschen Wiedervereinigung geplant, wurde jedoch durch diese beschleunigt. In der internationalen Finanzkrise 2008 und der anschließenden Staatsschuldenkrise des Euroraums arbeiteten nach anfänglichem Zögern beide Partner eng zusammen. In außen- und sicherheitspolitischen Fragen konnten sie sich dagegen nur in Ausnahmefällen auf gemeinsame Positionen einigen, so im zweiten amerikanischen Irakkrieg. Frankreich verfolgte auch nach de Gaulle seinen Sonderkurs innerhalb des Westens, die Bundesrepublik hielt dagegen am Primat der atlantischen Beziehungen fest. Die Aufstellung der deutsch-französischen Brigade und des Eurocorps blieben daher symbolische Handlungen, die nicht zu einer gemeinsamen Sicherheitspolitik im europäischen Rahmen führten. Aber trotz aller Gegensätze und Konflikte, so das Fazit der Autoren, hielten beide Länder inmitten grundlegender internationaler Veränderungen an ihrer engen Partnerschaft fest. Diese

bilde daher einer der zentralen Faktoren der europäischen Politik.

Krotz und *Schild* bieten eine kompakte Darstellung des deutsch-französischen Bilateralismus seit 1963 und dessen prägenden Einflusses auf den europäischen Integrationsprozess. Sie leisten damit einen wichtigen Beitrag sowohl zur Erforschung der deutsch-französischen Beziehungen, als auch der europäischen Integration. Durch die Einbeziehung der symbolischen und gesellschaftlichen Dimension der deutsch-französischen Beziehungen in ihre Untersuchung machen sie deutlich, dass es sich bei diesen keineswegs nur um eine politische Veranstaltung, sondern um ein allumfassendes Projekt handelt. Überzeugend vermögen sie nachzuweisen, dass dessen Dauerhaftigkeit und dessen Erfolg vor allem auf der Bereitschaft und Fähigkeit beider Partner zum Kompromiss in europäischen Fragen beruhen. Eine nähere Erklärung dafür geben sie jedoch nicht. Die Konzentration auf die europäische Wirkungsmacht des deutsch-französischen Bilateralismus blendet notgedrungen dessen nicht-europäischen Aspekte aus, so die Ost- und Entwicklungspolitik. Man sollte daher die Arbeit nicht als eine Geschichte der deutsch-französischen Beziehungen seit Abschluss des Elysée-Vertrages missverstehen.

Roland Höhne

Wolff, Jonas/Spanger, Hans-Joachim und Hans-Jürgen Puhle (Hrsg.).

Zwischen Normen und Interessen.

Demokratieförderung als internationale Politik. Baden-Baden. Nomos 2012.

345 Seiten. 59,00 €.

Das Spannungsfeld zwischen den normativen Zielen der Außenpolitik demokratischer Staaten und deren Abwä-

gungen gegenüber anderen, „harten“, Interessen in einem anarchischen Staatensystem ist für die Politik ein wiederkehrendes Problem. Auch für die Forschung ist dies längst keine neue Frage mehr, wenngleich sie keineswegs an Relevanz verloren hat. Mit der wachsenden Institutionalisierung und Bedeutung der Demokratieförderung als Teil westlicher Außen- und Entwicklungspolitik hat dieses spezifische Untersuchungsfeld weiter an Brisanz gewonnen. Denn zum einen kann Demokratisierung – vor allem kurzfristig – vermeintlich pragmatischen Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen entgegenlaufen, während eine so konkrete öffentliche Zielsetzung auch Erwartungen gegenüber Regierungen demokratischer Staaten sowohl innerhalb als auch außerhalb ihrer Grenzen schafft. Wie ernst ist es also Demokratieförderern mit ihrem Projekt, wenn dieses im Konflikt mit anderen Zielen steht?

Der vorliegende Sammelband, Ergebnis einer Kooperation zwischen der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung und des Politikwissenschaftlichen Instituts der Goethe-Universität Frankfurt, geht unter anderem dieser Frage nach. Insgesamt geht es den Autoren darum, den Motiven demokratiefördernder Akteure – hier die USA und Deutschland als Nationalstaaten –, ihren konkreten Handlungen und den Bestimmungsfaktoren für gewählte Art der Demokratieförderung auf den Grund zu gehen. Dass Letztere im Zweifel harten Interessen im Wege steht und ihnen Platz machen muss, ist für Jonas Wolff „fast schon eine Binsenweisheit“ (324). Während deren partielle Bestätigung zu den Hauptergebnissen auch dieser Studie gehört,

erweitert das Buch diesen Befund jedoch um wertvolle Nuancen.

In den drei Kapiteln des ersten Teils setzen Jonas Wolff, Hans-Joachim Spanger, Annika E. Poppe, Bentje Woitschach und Daniel Schewe die Parameter der theoriegeleiteten, komparativen Studie, die einen eklektizistischen Ansatz verfolgt. Ziel ist nicht die „Etablierung schlanker Theorien mit umfassendem Erklärungsanspruch, sondern die Entwicklung komplexer kausaler Erklärungen“ (29). Die Autoren nehmen an, dass die Ergebnisse am aussagekräftigsten sind, wenn konkrete Zielkonflikte die Demokratieförderer zur Abwägung zwischen ihren normativen Präferenzen und pragmatischen Interessen zwingen. Über die offensichtlichen Konflikte mit Eigeninteressen der „Geber“-Länder („extrinsische Zielkonflikte“) hinaus untersuchen die Autoren sinnvoll auch „intrinsische Zielkonflikte“, wo also Subziele der Demokratieförderung konkurrieren; zum Beispiel politische Stabilität oder die Aufrechterhaltung liberaler Grundrechte, mit dem Anspruch, ein politisches System der Volkssouveränität zu fördern. Von den USA und Deutschland mit ihren stark differierenden außen- und demokratiepolitischen Traditionen werden entsprechend unterschiedliche Ansätze und Verhaltensweisen erwartet. Dem politisch-zurückhaltenden Stil der „Zivilmacht“ Deutschlands, der auf Einbindung und graduelle Entwicklung setzt, steht demnach ein politisch-offensiver Stil des „Freiheitskämpfers“ USA gegenüber, der die Ziele der Demokratieförderung von Anfang in die Nähe „harter“ Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen rückt. Sechs Bestimmungsfaktoren werden theoretisch hergeleitet: Relative Macht, Sicherheits-, Wirtschafts-

und Partikularinteressen sowie die politische Kultur des „Geber“-Landes und gemeinsame internationale Normen mit dem „Nehmer“-Land.

Für die Fallstudien des zweiten Teils wurden sechs Zielländer mit unterschiedlichen innen- und außenpolitischen Profilen gewählt, die Demokratieförderer mit einer ganzen Reihe von typischen, also auch anderswo zu erwartenden Zielkonflikten konfrontieren. Es werden empirisch gründlich und theoretisch fundiert die Reaktionen der USA und Deutschlands auf verschiedene Dynamiken untersucht, beispielsweise auf die durch Wahlen initiierte Abkehr von liberal-demokratischen Prinzipien (Bolivien, Ecuador, Türkei), auf politische Repression bei alliierten Kooperationspartnern in Sicherheitsfragen (Türkei, Pakistan, Russland), bis hin zum Verhalten gegenüber geopolitisch und ideologisch gegensätzlichen Regimen (Belarus, Russland). In klar strukturierter und verständlicher Form gelingt den Autoren hier Schwieriges. Schließlich wäre die Untersuchung jedes einzelnen der sechs Bestimmungsfaktoren in jedem einzelnen der zwölf Staatenpaare eines Buches würdig. In den sechs empirischen Kapiteln geben sie je präzise Auskunft über die Transformationsprozesse der sechs „Nehmer“-Länder, über das Profil außenpolitischer Beziehungen mit den „Geber“-Ländern, über deren Demokratieförderpolitik und Perzeption der „Nehmer“-Seite sowie über die demokratiepolitischen Reaktionen der USA und Deutschlands.

Wie schon die weit gefasste Konzeption von Demokratieförderung, die im ersten Teil des Buches eingeführt wird, erahnen lässt, kann dieser Politikbereich im Ergebnis „nicht in dichotomen (Demokratieförderung: Ja/Nein)

oder linearen (mehr oder weniger Demokratieförderung) Skalen“ abgebildet werden (298). Schließlich erstreckt er sich über die Felder internationale Beobachtung (zum Beispiel von Wahlen), Entwicklungspolitik, Diplomatie, internationale Kooperation bis hin zum Militäreinsatz (37). Die intensive Diskussion der Fallstudien bietet daher eine angemessene und zugleich informative Form der Analyse der komplexen Materie.

Deren Ergebnisse werden im dritten Teil von *Jonas Wolff* kompetent zusammengefasst, analysiert und theoretisch eingeordnet. Dabei steht der selbst unter der Bush Jr.-Administration begrenzte Wille der USA, ihre politische Macht über rhetorische Unterstützung hinaus für normative Zwecke einzusetzen, für den weitgehend pragmatisch-zurückhaltenden Ansatz beider Länder. Dass beide Länder in extrinsischen Zielkonflikten außenpolitische Interessen privilegieren, sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Regierungen selbst dann dem demokratischen Diskurs Rechnung tragen und versuchen, „ihre Politik auch als normativ angemessen darzustellen“ (296). Darüber hinaus wird „Realpolitik“ auch durch innenpolitischen Druck erschwert. Die USA und Deutschland zeigen sich kooperativer mit demokratisch legitimierten, wenn gleich unbequemen, Regierungen. Letzteres spiegelt sich unter anderem im relativ entgegenkommenden Verhalten bei intrinsischen Zielkonflikten wider. Dies ist denn auch Teil des vielleicht überraschendsten Ergebnisses bei den sechs Bestimmungsfaktoren. Selbst ein hohes Machtgefälle zwischen „Geber“- und „Nehmer“-Land auf der internationalen Ebene hat erstaunlich wenig Einfluss auf die Fähigkeit der Demo-

kratieförderer, lokale Geschehnisse effektiv zu beeinflussen. Auch spielen gemeinsame Normen in den bilateralen Beziehungen eine recht geringe Rolle. Insgesamt zeigt der Band, dass die Abwägungen innerhalb der Demokratieförderung aus wesentlich komplexeren Prozessen bestehen als nur aus einer Abwägung zwischen Normen und Interessen. Der relative Einfluss der verschiedenen Bestimmungsfaktoren ist an vielen Stellen des Buches festgestellt worden und spiegelt so auch deren zutiefst politische Natur wider. Das Buch liefert damit einen interessanten Beitrag zur Debatte um Quellen und Ziele der Demokratieförderung. Eingebettet in einen durchdachten theoretischen Rahmen bieten die empirischen Analysen darüber hinaus eine wertvolle Quelle für Leser, die mehr über die Strategien und Vorgehensweisen der USA und Deutschlands in diesem wichtigen Feld erfahren möchten.

Fabian Stroetges

EUROPÄISCHE INTEGRATION

Loth, Winfried, *Europas Einigung. Eine unvollendete Geschichte*, Frankfurt/Main. Campus Verlag 2014. 512 Seiten. 39,90 €.

Seit Jahrzehnten ist auf einen Historiker Verlass, wenn es um grundsolide, kenntnisreiche, aus den Quellen und einem weitgespannten Fundus von Sekundärliteratur erarbeitete Beiträge zur Darstellung des Weges der europäischen Einigung geht. Mit der respektgebietenden Kombination von aufgeklärter Sachlichkeit und nie versiegender Empathie begleitet *Winfried Loth* Weg und Werk der

europäischen Einigungsgeschichte. Nun legt er gleichsam eine Bilanz seiner bisherigen zeitgeschichtlichen Arbeiten und Quelleneditionen vor, die doch zugleich wieder nur eine „unvollendete Geschichte“ sein kann, sein soll und sein will. Denn geradezu im Monatstempo, so haben uns die letzten Krisenjahre gelehrt, geht der Weg Europas weiter – mal sich im Kreise drehend, mal voranschreitend, mal vertiefend, mal zu tiefer Sorge Anlass gebend. In diesem Feld emotional aufgeladener Unsicherheiten ist allein auf eine Sicht der Dinge Verlass: die historische Einordnung des Weges, der sich in der Europäischen Union – um Antonio Machado zu zitieren, einen der klügsten spanischen Lyriker des 20. Jahrhunderts – beim Gehen macht. *Winfried Loths* neues Buch hilft dabei und gehört in jede anständige Bibliothek.

Unmittelbar eindrucksvoll ist der „Prolog“, den *Loth* pointiert mit „Churchills Kongress“ überschreibt und bei dem es um den Haager Europakongress des Jahres 1948 geht. Wie in einem Brennglas, so stellt *Loth* es dar, bündelten sich in der Vorbereitung, während der Durchführung und in der Nacharbeit zu diesem ersten großen Europakongress nach dem Zweiten Weltkrieg die ganz unterschiedlichen Sichtweisen, Charaktere und Zielsetzungen hinsichtlich der weiteren Möglichkeiten und faktischen Weichenstellungen in und für ein sich vereinigendes Europa. *Loth* bleibt seiner wohl bekannten, in diversen Studien zum Kalten Krieg variierten Linie treu, dass es in besonderer Weise um Europa als „dritte Kraft“ zwischen den USA und der Sowjetunion ging und seine Sympathie für die sozialdemokratischen Europakonzeptionen auch jener frühen Jahre ist spürbar. Dies so zu